

## **7 Thesen zur Weiterentwicklung der Umweltmedizin in Nordrhein-Westfalen**

### **1. Für das Gesundheitswesen generell und den Öffentlichen Gesundheitsdienst im besonderen sind umweltmedizinische Aufgaben von wachsender Bedeutung.**

Umweltbezogener Gesundheitsschutz einschließlich Umweltmedizin und -hygiene ist als wichtiges Aufgabenfeld des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) anerkannt. Schon das (in NRW als Landesgesetz fortgeltende) Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens (GVG) mit seinen drei Durchführungsverordnungen (DVO) benennt eine Vielzahl von Aufgaben bezüglich Umweltmedien und Lebensbereichen. Auf der 57. Konferenz der für das Gesundheitswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder im November 1987 wurde bestätigt: "Umwelthygiene ist eine Schwerpunktaufgabe des öffentlichen Gesundheitsdienstes und seiner wissenschaftlichen Einrichtungen." Der Schlußbericht der Kommission "ÖGD 2000" (1992) bezeichnet den Amtsarzt bzw. das Gesundheitsamt als den "umwelthygienischen Berater der Gemeinde". Schon in der Antwort auf eine Große parlamentarische Anfrage (1988) "Gesundheit und Umwelt" hatte die Landesregierung erklärt, sie werde ihre Bemühungen fortsetzen und verstärken, um die Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes auf allen Ebenen vermehrt für umweltmedizinische Fragen zu qualifizieren und die Umweltmedizin zu einer vorrangigen Schwerpunktaufgabe des öffentlichen Gesundheitsdienstes zu machen. In einer Befragung des IDIS bei den Gesundheitsämtern in NRW (1989) wurde auch nach dem voraussichtlichen Bedeutungsgewinn von acht potentiellen Schwerpunktaufgaben der Zukunft gefragt. Hier wurden umweltmedizinische Beratung der Verwaltung und der Bevölkerung (mit 94% bzw. 96%) häufiger als alle anderen Aufgaben von den Befragten genannt.

### **2. Um diese Aufgabe trotz knapper Ressourcen angemessen wahrzunehmen, bedarf es (i) definierter Zielvorstellungen, (ii) weitreichender Transparenz, (iii) informationeller Infrastruktur und (iv) kooperativer Arbeitsteilung.**

Diese Voraussetzungen werden in den folgenden Thesen im einzelnen behandelt.

### **3. Umweltmedizinische Zielvorstellungen sollten ausgehen von der WHO-Programmatik "Gesundheit für Alle 2000" (HFA 2000) sowie der Europäischen Charta Umwelt und Gesundheit und diese für das Land Nordrhein-Westfalen konkretisieren. Zu den wichtigsten Globalzielen zählt die langfristige ökologische Stabilität ("sustainability").**

Durch die Mitgliedschaft von Nordrhein-Westfalen im WHO-Netzwerk "Regions for Health" sind die HFA 2000-Gesundheitsziele verbindlich geworden. Von den insgesamt 38 Einzelzielen beziehen sich die 8 Ziele # 18 bis # 25 ausschließlich auf die physische Umwelt. In den Zielen 18 und 19 wird ausdrücklich auf die Europäische Charta verwiesen, die dadurch ebenfalls verbindlichen Charakter erhält.



Das anspruchsvolle Ziel der langfristigen ökologischen Stabilität soll die Gesundheit und Lebensqualität auch für künftige Generationen sichern. Es beinhaltet insbesondere die Schonung natürlicher Ressourcen und die Einhaltung von Grenzen, die durch die Regenerationsfähigkeit der Umweltmedien gesetzt werden.

**4. Wichtige Voraussetzung für eine rationale Gesundheitspolitik auch im umweltmedizinischen Bereich ist eine weitreichende Transparenz über Status quo von Emissionen, Immissionen, Expositionen und gesundheitlichen Wirkungen beim Menschen.**

Diese Transparenz auf kommunaler und Landesebene herzustellen bzw. zu verbessern ist Aufgabe von umweltbezogener Gesundheitsberichterstattung. Das gegenwärtig im Aufbau befindliche System von (i) umweltbezogenen Kapiteln des Landesgesundheitsreports, (ii) umweltbezogenen Sonderberichten und (iii) Bearbeitung definierter Umwelt- und Gesundheitsindikatoren sollte in Richtung auf ein integriertes Berichtssystem weiterentwickelt werden, das auch z.B. die schulärztlichen Untersuchungsergebnisse einschließt. Dabei sollte die sinnvolle Verbindung von kommunaler zu Landesebene ebenso sichergestellt sein wie die Verbindung zwischen Gesundheitsressort und anderen Ressorts, insbesondere Umwelt.

Außer durch diese fachlich orientierte Berichterstattung sollte die Öffentlichkeit auch auf anderen Wegen über wesentliche umweltbezogene Gesundheitsrisiken und entsprechende Schutzmaßnahmen informiert werden. Wichtig ist insbesondere die Einbindung dieser Inhalte in schulische Curricula.

**5. Umweltmedizinische Aufgaben der hier beschriebenen Art bedürfen einer informationellen Infrastruktur, die der Komplexität des Themas gerecht wird. Die Bereitstellung, Pflege und Weiterentwicklung dieser Infrastruktur ist eine Schwerpunktaufgabe des künftigen Landesinstitutes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst.**

Wichtige Schritte zur Schaffung einer leistungsfähigen Infrastruktur waren die Einführung einheitlicher Informationsarbeitsplätze in den Gesundheitsämtern des Landes und die Bereitstellung des Noxen-Informationssystems NIS. Die PC-basierten Informationsarbeitsplätze erlauben den Zugang zu portablen und Online-Auskunftssystemen. Das speziell für den Öffentlichen Gesundheitsdienst entwickelte NIS unterstützt auch die weniger erfahrenen Anwender bei der Nutzung komplexer Systeme. Das NIS sollte in Abstimmung mit dem IGS des Fachinformationszentrums Gefährliche Stoffe NRW und dem CHEMIS des Bundesgesundheitsamtes weiterentwickelt werden. Die bibliographische Datenbank SOMED sollte die gesamte für die umweltmedizinischen Aufgaben von Land und Kommunen wichtige Literatur (einschließlich "grauer" Literatur) nachweisen. Die Informationsarbeitsplätze können schrittweise für weitere umweltmedizinische Anwendungen wie z.B. das Trinkwassererfassungs- und Informationssystem TEIS genutzt werden. Möglichst bald sollte auch der Zugang zu den Informationssystemen des MURL hergestellt werden. Unabdingbar für erfolgreichen Einsatz der modernen Informationstechnologie und effiziente Nutzung der verschiedenen Systeme sind ein fachliches Training sowie ein kontinuierliches Betreuungsangebot.



- 6. Angesichts von Umfang und Komplexität der umweltmedizinischen Aufgaben ist eine kooperative Arbeitsteilung angezeigt. Es sollte ein Landesfachbeirat für Umwelt und Gesundheit gebildet werden.**

Kooperation und Arbeitsteilung sollte in horizontaler Weise (z.B. zwischen den Gesundheitsämtern des Landes) sowie zwischen den verschiedenen administrativen Ebenen erfolgen. Gegenwärtig wird im Rahmen des NIS-Trainingsprogramms ein kooperatives Netzwerk der Gesundheitsämter aufgebaut, das als Nukleus auch für weitergehende Vernetzungen dienen kann. (Es ist geplant, die vorhandene Informationstechnologie künftig auch für Telekommunikation im Rahmen dieses Netzwerkes einzusetzen.) Als wichtige Ergänzung sollten auf kommunaler und auf Landesebene die Umweltressorts in geeigneter Weise einbezogen werden. - Ein Landesfachbereich für Umwelt und Gesundheit könnte die weitere Entwicklung umweltbezogener Gesundheitspolitik in Nordrhein-Westfalen inhaltlich unterstützen, indem er im jährlichen Rhythmus die Berichterstattung zur Kenntnis nimmt und den Fortschritt in Richtung auf die definierten Umwelt- und Gesundheitsziele beurteilt.

- 7. Eine wichtige Zukunftsaufgabe für den Öffentlichen Gesundheitsdienst ist die Gesundheitsverträglichkeitsprüfung (GVP) im Rahmen von Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP). Auf Landesebene sollte eine GVP-Leitstelle eingerichtet werden, die die Kommunen bei Einführung und Erprobung der GVP unterstützt.**

Die ÖGD-Beteiligung an UVP sollte institutionalisiert werden, z.B. Regelbeteiligung der Gesundheitsämter im Rahmen einer künftigen Verwaltungsvorschrift zum UVP-Gesetz. - GVP folgt einem eigenen Paradigma mit vier Komponenten (Prognostik, Bewertung, Kommunikation und Evaluation) und hat enge Beziehungen zur umweltbezogenen Gesundheitsberichterstattung. Noch sind Theorie, Methoden, Datenlage und Bewertungsmaßstäbe unzureichend entwickelt, so daß ein erheblicher Forschungs- und Entwicklungsbedarf besteht. Zwar kann die künftige GVP-Praxis in Nordrhein-Westfalen von den landesweit eingeführten Informationsarbeitsplätzen samt Noxen-Informationssystem NIS und Zugang zu weiteren Auskunftssystemen in hohem Maße profitieren. Jedoch sollte die Infrastruktur ausgebaut und ein spezielles GVP-Trainingsprogramm angeboten werden, um die erfolgreiche Wahrnehmung der im Rahmen von GVP gestellten Aufgaben durch den ÖGD zu gewährleisten.